

Dresdner Volkszeitung

Vollständiges: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verl. Kerschb., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Albstadt

Abonnementpreise einschließlich Frachtkosten monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Reichsdruckerei vom 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die gespaltene Komparatizelle 400.— M., auswärts 500.— M., die gespaltene Mellemzeile 1800.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400.— M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Straßen- u. Zeitungsbesitzer 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverleger 150 Proz.

Nr. 98

Dresden, Freitag den 27. April 1923

34. Jahrg.

Das Kleid des armen Mannes

Bei der Debatte über den sächsischen Etat gestern im Landtag wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß die Staatsausstellung nur einen beschränkten Wert hat, weil infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung die Umsätze des Etats längst überholt sind. Das ist ein Liebesband, den die Regierung auch beim besten Willen nicht befehlen könnte. Die Aufstellung des Etats erfordert eine große, sich über eine lange Zeit hinziehende Arbeit, und der Etat würde nie fertig werden, wenn bei fortschreitender Geldentwertung die einzelnen Posten immer wieder von neuem verändert würden.

In den Dresdner Nachrichten artikuliert der Landtagsabgeordnete Jiller über die Irrungen der sächsischen Finanzpolitik und sucht dabei die Finanzlage Sachsens schwarz in schwarz zu malen. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt ein Interesse daran, die Finanzen Sachsens als sehr ungünstig hinzustellen, um der sozialistischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Was sich aber Herr Jiller in den Dresdner Nachrichten leistet, ist gar zu töricht. So, wenn er nicht nur darauf hinweist, daß im Etat ein Defizit von 8,9 Milliarden Mark vorhanden ist, sondern auch darauf, daß 29,25 Milliarden Mark als Zuschuß vom Reich in den Etat eingesetzt sind. Triumphierend erklärt Jiller, für knapp zwei Drittel seiner Ausgaben habe der sächsische Staat keine Deckung. Diese Ausführungen sind wieder einmal ein Beweis dafür, wie geduldslos Papier und Druckerwerkzeuge sind. Aber nicht näher unterrichtet ist, könnte glauben, daß die 29,25 Milliarden Mark ein Almosen des Reiches sind. Weis Herr Jiller wirklich nicht, daß das Reich durch die Uebernahme der Einkommensteuer den Ländern ihre wichtigste Einkommensquelle entzogen hat und ihnen deswegen einen Teil ihrer Ausgaben wieder ersetzt. Wenn es Herr Jiller unter diesen Umständen fertigbringt, den Reichszuschuß als einen Beweis für die schlechte sächsische Finanzwirtschaft hinzustellen, so ist das ein starkes Stück. Es zeigt sich, wie sehr der Haß gegen die sozialistische Regierung die Leute von rechts blind macht.

Und nun das Defizit von 8,9 Milliarden Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der sächsische Etat mit äußerster Vorsicht aufgestellt ist. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Mehrausgaben ist im Kapitel 110 des Etats ein Reserveposten von 35,8 Milliarden Mark eingesetzt. Da die ordentlichen Ausgaben des Etats im ganzen mit 54 1/2 Milliarden Mark veranschlagt sind, umfaßt dieser Posten etwa 70 Prozent sämtlicher Ausgaben. Ob aber diese Rücklage wirklich gebraucht wird, kann niemand sagen. Zweifellos steht fest, daß die Ausgaben des Staates sehr viel größer sein werden, als sie im vorliegenden Etat veranschlagt sind. Aber für die Einnahmen gilt dasselbe. Welche Beträge der Anteil Sachsens an der Einkommensteuer bringen wird, ist nicht zu übersehen.

Von mehreren Rednern wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß die Summen für soziale und Kulturzwecke im Etat zu bescheiden sind. Niemand bedauert es mehr als wir, daß für derartige Zwecke nicht mehr aufgewendet werden kann. Aber es wäre nicht zu verantworten, wenn die sächsische Regierung, deren steuerliche Bewegungsfreiheit durch die Reichsfinanzgesetzgebung so beschränkt ist, große Summen ausgeben, ohne zu wissen, woher sie die Deckung nehmen soll. Die Herren aus den bürgerlichen Parteien haben kein Recht zu ihren Klagen. Als sie das Geld in der Hand hatten, waren wir ein viel reicheres Volk und trotzdem wurden wichtige soziale und kulturelle Aufgaben arg vernachlässigt. Würde heute die sächsische Regierung unbekümmert um die Deckungsfrage alles, was nötig wäre, in den Etat einstellen, so würde bei den bürgerlichen Parteien ein wilder Ansturm wegen dieser „finanzstellen Wirtschaft“ losbrechen.

„Das Kleid des armen Mannes“, nannte mit einem richtigen Wort der Demokrat Dr. Dehne den Etat. Auch in der Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des sächsischen Staates wiegelt sich die Verarmung unseres Volkes, und deswegen muß vieles Notwendige unterbleiben. Selbstverständlich wird es das Bestreben unserer Regierung sein, die sächsischen Finanzen so zu verbessern, daß für unsere Kultur und die Wohlfahrt des Volkes mehr getan werden kann.

Im Landtag ist viel von Sparanfekt gesprochen worden und die üblichen Klagen über den großen Vermaltungapparat haben nicht gefehlt. Ueber das Maß der Espornisse, die sich durch einen Abbau des Beamtenapparates erzielen lassen, soll man sich keinen Täuschungen hingeben. Gerade die Räte der Zeit erfordern ein Eingreifen des Staates auf Gebieten, wo früher eine staatliche Tätigkeit in so großem Umfange nicht notwendig war. Man denke nur an die so wichtige Wohnungswirtschaft. Würde hier der Staat, bloß um an Beamtengehältern zu sparen, auf die Erfüllung seiner Aufgaben verzichten, so würde er die Not breiter Massen unseres Volkes ungeheuer vermehren.

Es kommt also darauf an, daß dem Staat neue Einnahmequellen erschlossen werden. Das Ziel der sächsischen Regierung ist, wie Genosse Jeldt vor einiger Zeit im Landtag ausführte, den Verwaltungsstaat immer mehr zu einem Wirtschaftsstaat zu machen, der erhebliche Einnahmen aus seinen wirtschaftlichen Unternehmungen bezieht. In dem Ausbau und der Erweiterung der staatlichen Betriebe in Sachsen wird mit großem Eifer gearbeitet. Kläglich ist freilich, daß vorläufig die Einnahmen aus den staatlichen Be-

trieben nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle im Etat spielen. Von den gesamten auf 45 1/2 Milliarden Mark bezifferten ordentlichen Einnahmen des Staates kommen nur 8 1/2 Milliarden Mark auf die Nutzung des Staatsvermögens und der staatlichen Anstalten, und davon entfallen wieder acht Milliarden Mark auf die Nutzung der Forsten, die schon der alte sächsische Staat besaß, und die jetzt infolge der hohen Holzpreise gute Erträge liefern. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die staatlichen Betriebe sich noch im Ausbau befinden, daß sehr große Abschreibungen bei ihnen vorgenommen wurden und daß die Einnahmen aus den staatlichen Betrieben im Etat sehr vorsichtig eingeschätzt wurden. Auch daran kann kein Zweifel sein, daß tatsächlich die Staatsbetriebe sehr viel höhere Erträge haben werden, als im Etat angenommen wird.

Ein großer Fehler wäre es freilich, wenn heute schon der Staat seine Betriebe als melkende Kühe anfände, die ihm hohe Ueberflüsse liefern sollen. Hier heißt es, Politik auf lange Sicht treiben. Es gilt, staatliche Unternehmungen zu schaffen, die wirtschaftlich stark und gesund sind und an Finanzkraft hinter den großen Unternehmungen der Privatindustrie nicht zurückbleiben. Deswegen müssen ihre Ueberflüsse möglichst zum Ausbau der Betriebe und zu ihrer finanziellen Stärkung verwendet werden, selbst wenn vorläufig an sich notwendige Staatsausgaben zurückgestellt werden müssen. Aber eine Finanzpolitik, die darauf gerichtet ist, dem Staat eine möglichst große wirtschaftliche Macht zu schaffen, wird auf reiche Früchte hoffen.

Die Betrachtung des Etats zeigt, daß von einer ungünstigen Finanzlage Sachsens nicht die Rede sein kann. Gewiß, auch Sachsen leidet unter den Schwierigkeiten, die heute allen öffentlichen Körperlichkeiten aus der schnell fortschreitenden Geldentwertung erwachsen. Aber wenn man von „Urruinen der sächsischen Finanzpolitik“ spricht, wie das Kba. Jiller tut, ist das eine große Verkennung der Realität.

Um das Reparationsangebot

Die Berliner Meldungen besagen, daß die Regierung Euno zur Frage des Reparationsangebotes noch immer keine Stellung genommen hat. Das Kabinett hat noch keine Abhandlung abgeschlossen, infolgedessen auch alle Pressemeldungen über ein Angebot und über seine Einzelheiten falsch sind und lediglich auf Vermutungen beruhen. Jetzt steht nur, daß die Großindustriellen getagt haben und bestimmte Beschlüsse faßten, die der Regierung übermittelt wurden. Diese Beschlüsse sind noch nicht bekannt.

Eine Meldung des Sozialdemokratischen Parlaments-

dienstes behauptet folgendes: „Nach den vorläufigen Beratungen maßgebender Regierungsstellen über ein deutsches Angebot zu schließen, dürfte die Abhandlung einer Note an sämtliche alliierte Staaten und nicht ausschließlich nach Frankreich allein zu Beginn der kommenden Woche möglich sein. Falls nicht noch unvorhergesehene Veränderungen eintreten, ist mit einem ziffernmäßigen Angebot zu rechnen, das im Rahmen des letzten deutschen Vorschlags für die Pariser Konferenz gehalten sein soll. Darüber hinaus dürfte sich die Reichsregierung unter gewissen Voraussetzungen bereit erklären, die endgültige deutsche Leistungsfähigkeit von Autoritäten abschätzen zu lassen. Es ist ganz selbstverständlich, daß Deutschland in dieser Abschätzungskommission vertreten sein muß und daß sie vor allem in Deutschland in bezug auf die Zusammenfassung des notwendigen Vertrauens hat. Einer Kommission, die in der Mehrheit aus Vertretern der alliierten Staaten besteht, kann die deutsche Regierung die Abschätzung unserer Leistungsfähigkeit nicht überlassen. Ueber den wichtigsten Punkt des Angebots, die Garantieforderung, die schließlich auch die Grundlage bilden wird für kommende Anleihen, herrscht bei den vorbereitenden Instanzen der Regierung noch keine vollkommene Klarheit. Der Reichsverband der Industriellen wird zwar auch hinsichtlich Garantien übernehmen, jedoch scheint uns, daß man mit einer solchen Erklärung in einem deutschen Angebot nicht weit kommen wird, sondern Klipp und klar Art und Form dieser Garantien zum Ausdruck bringen muß. Die Sicherheitsfrage würde eine Behandlung erfahren, der jeder Deutsche zustimmen kann. — Der Reichspräsident kehrt am Freitag nach Berlin zurück. Es ist zu erwarten, daß sich dann auch das Reichskabinett insgesamt mit den Vorbereitungen des Angebots in Gegenwart des Reichspräsidenten beschäftigen wird.“

Deutschlands Sachlieferungen

Die Reparationskommission hat in einer offiziellen Mitteilung jetzt die tatsächlichen von Deutschland im Jahre 1922 geleisteten Naturallieferungen festgelegt, die sich auf insgesamt 1450 Millionen Goldmark (100 Millionen für Frankreich und 500 Millionen für die übrigen Alliierten) belaufen sollten. Tatsächlich seien nach Mitteilung der Reparationskommission von Deutschland an Frankreich geliefert worden für 509 064 000 Goldmark, an England für 187 871 700 Goldmark, an Italien für 107 702 500 Goldmark, an Serbien für 116 882 000 Goldmark, an Belgien für 65 638 700 Goldmark. Wie es weiter heißt, belaufen sich die Gesamtaufträge der Alliierten im Jahre 1922 auf 892 Millionen Goldmark. Da Deutschland nach dieser Aufstellung für 695 600 000 Goldmark tatsächlich leistete, würde höchstens eine Differenz von nur 196 u. d. sich ergeben, da die Alliierten bekanntlich von ihrem Rechte auf Luftwaffenlieferung in voller Höhe keinen Gebrauch gemacht haben.

Ob diese Zahlen der Reparationskommission stimmen, wird noch nachzuprüfen sein.

Patrioten

Von Jakob Sitwitzer

Vor Monaten lang in einem Berliner Kabarett ein Humorist ein Lied auf Stinnes, das bei jedem Vers mit dem Refrain schloß: „Hugo, wo haste wieder deine Finger drin?“ Wir wissen, daß sie der glänzende und gereifte Geschäftsmann überall drin hat, in den Bergwerken, Fabriken, Schiffahrtsgesellschaften, Werften und Wäldern, in der Börse, in den Kassenstuben und auf allen Märkten des In- und Auslandes. Zu seinem eigenen Ruhm und Frommen und zum Schaden des deutschen Landes und Volkes hat aber auch Herr Hugo Stinnes seine Finger dort, wo er sie zuallererst drin haben dürfte: in den Telegraphenbüros, in den Zeitungen, in den Parlamenten — in der Politik.

In einer der von dem „Mittwoch“ noch nicht geäußerten Zeitkritik, im Tagebuch, grübt zur rechten Zeit der Großindustrielle und frühere Adjutant des Kronprinzen, Arnold Reckberg, Erinnerungen aus dem Weltkrieg aus. Sie verdienen ans große Tageslicht gezogen zu werden, um als Waffe zu dienen in dem Kampf zwischen Staat und Wirtschaft, der nach dem Ruhrkrieg zur Entscheidung gebracht werden muß. Es sind keine Enthüllungen, die Reckberg gibt. Jetzt aber, wo wieder Dolchstoßlegenden gefällig sind, muß sich das Volk dreimal an das unheilvolle Wirken derer erinnern, die im Kriege „Vaterland“ schrien und den Geldbeutel meinten, und denen am Friedensvertrag von Versailles nur die eine Laus nicht gefällte: daß er von Foch und nicht von Ludendorff diktiert worden ist.

Reckberg erinnert an die Worte des verstorbenen Generalfeldmarschalls Haefeler, der schon nach dem Verlust der Marne-Schlacht im September 1914 den militärischen Sieg Deutschlands als aussichtslos, den Verständigungsfrieden aber als einzigen Gewinn bezeichnet hatte. „Dennals strakten deutsche Schwerindustrie ihre Hand nach Belgien und nach den Erzgebieten Nordfrankreichs aus. Ihr politischer Führer wurde mehr und mehr Hugo Stinnes.“ Diese Annerionsabsichten wären aber nur durch den völligen Sieg über Frankreich und England zu erreichen gewesen, und es mußte sich bald ein Abgrund aufspannen zwischen der verständigungslustigen Politik Bethmann-Hollwegs und Herrn Stinnes. Selbstverständlich brauchte die Schwerindustrie für ihre Annerionspläne Hilfe. Sie fand sie zunächst in dem Chef

der Propagandaabteilung des Großen Hauptquartiers, dem Obersten Bauer. Einflußreiche Zeitungen und Abgeordnete stellten sich ein, Hindenburg und Ludendorff wurden gewonnen, die Wählarbeit gegen den Reichskanzler begann.

Am 19. Juli 1915 schreibt Stinnes einen Brief an die verantwortlichen Stellen und verlangt die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele. Dazu bemerkt Reckberg, daß durch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele die Propagierung von Annerionsplänen möglich, die Einigkeit des Volkes gesprengt und den Gegnern Deutschlands eine fürchterliche Waffe in die Hand gegeben wurde. Die Gegenströmung aber, so möchten wir hier einschalten, war schwach, da sie durch die Zensurstellen mit allen Mitteln unterdrückt wurde. Stinnes aber, der uneigennütige Patriot, sagt in seinem Brief: „Selbst der einfachste Mann ist enttäuscht, wenn man auch nur im entferntesten andeutet, daß etwa Belgien wieder herausgegeben werden könne.“

Hier wird Reckbergs Artikel, der Hindenburg und Ludendorff entschuldigen will, sie hätten sich nicht um Politik kümmern und den Schwerindustriellen glauben müssen, zu einer fürchterlichen Anlage gegen seine Zuhörer: war habe der General Hoffmann schon frühzeitig geäußert, wenn es nicht gelänge, bis zum Frühjahr 1918 den Frieden zu erreichen, Deutschland dem Zusammenbruch verfallen wäre. „Hindenburg aber kannte das Ausland und seine Kräfteverhältnisse“, entschuldigt Reckberg. „Die Zuspätkommen der Weltpolitik waren niemals in den Kreis der Aufgaben getreten, die die militärische Vergangenheit dem Feldherrn gestellt hatte.“

Wenn Reckberg die Oberste Geeresleitung niemals einzuweichen wird (denn was sie nicht wollte, hätte sie wissen müssen, wenn sie eine Oberste Geeresleitung sein wollte), so wuchtet doppelt und dreifach das Gewicht, das Reckberg Herrn Stinnes an die Seine hängt: Je mehr der Einfluß von Hugo Stinnes in der Obersten Geeresleitung wuchs, um so mehr wurde er schon damals der Mann, welcher tatsächlich die Geschichte des deutschen Volkes bestimmte, und zwar wesentlich nach Absichten industrieller Expansionen.“ Daß aber der uneigennütige Patriot Stinnes allein schon aus der Befreiung Belgiens ein glänzendes

Seite 3
Stmarkt
R
000.-
000.-
600.-
000.-
000
t!
ren
den 27
r.
Dresden
Inch
züge
Wagen
über-
27
behalten,
egen-
obst.
idung
ranslage
1923
16. II.
amen-
ntel
stote,
stett,
sine-
ben.
dosen
je 33
11477
ehl
11077
teilung!